

364. Sitzungsprotokoll

Termin Montag, 15. Februar 2016, 19:30 Uhr

Ort Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal

Vorsitz Wälti Martin (SVP), Präsident
1. Vizepräsidentin Zwahlen-Leibundgut Beatrix (EVP)
2. Vizepräsident Hauser Adrian (BDP)
1. Stimmzähler Christensen Sven (FDP)
2. Stimmzählerin Büchel-Wampfler Sandra (SP)

Mitglieder Kohler Walter (BDP)
Läderach Christof (BDP)
Walther-Steiner Erika (BDP)

Cetin Christopher (EVP)
Cetin Mayk (EVP)
Moser-Utiger Silvia (EVP)
Stöckli Rolf (EVP)
Utiger Heinz (EVP)

Kämpfer Erwin (FDP)
Kölliker Lenka (FDP)
Maccaferri-Iseli Barbara (FDP)
Messerli Gregor (FDP)
Schweizer Hans Peter (FDP)
Suter Michael (FDP)

Graf Stefan (GLP)
Jorio Marco (GLP)
Jorio Nicola (GLP)
Jost-Pfister Catarina (GLP)

Aebersold Daniel (SVP)
Bernhard Niklaus (SVP)
Hirsbrunner Bruno (SVP)
Kohli Stephan (SVP)
Stucki Simon (SVP)
Wälti Sandra (SVP)
Zbinden Rudolf (SVP)

Cavargna Tiziano (SP)
Federer Guido (SP)

Fröhlich Viktor (SP)
Gränicher Marius (SP)
Kühn-Blank Christa (parteilos; Sitz SP)
Le Fort Werthmüller Geneviève (SP)
Raymann-Ochsenbein Brigit (SP)

Abwesend Jörg Corinne (parteilos; Sitz FDP)
 Müller Bernhard (EVP)
 Nydegger Stefan (SP)

Gemeinderat Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident
 Hauser Ernst
 Lädach Markus
 Leiser Thomas
 Masciadri Monica
 Wermuth Bruno

Abteilungsleitende Geser Nicole, Leiterin der Polizeiabteilung
 Reusser Christian, Gemeindeschreiber
 Thöni Urs, Leiter der Bauabteilung

Sekretär Wälti Thomas, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Protokollführerinnen Gfeller Monika, Sekretärin Präsidialabteilung
 Riedweg Damaris, Lernende Präsidialabteilung

Geschäfte

1. Mitteilungen
 - 1.1 Fraktionszusammensetzungen 2016
 - 1.2 Im Übrigen
2. Protokoll der Sitzung vom 7. Dezember 2015: Genehmigung
3. Aufsichtskommission: Ersatzwahl
4. Parlamentarische Vorstösse:
 - 4.1 Motion der EVP-Fraktion betreffend Erhöhung des Sitzungsgeldes
 - 4.2 Dringliche Motion der SP-Fraktion betreffend Zusätzliches Parkgeschoss im Dreiklang
 - 4.3 Neueingänge

Eröffnung

Ratspräsident Wälti Martin: Jetzt ist es so weit. Lieber Gemeindepräsident, liebe Gemeinderätin, werte Herren Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen des Parlaments, liebe Büromitglieder zu meiner Rechten und liebe Schiedsrichter zu meiner Linken, liebe Pressevertreter, lieber Beat Jaun für die technische Unterstützung und die Einrichtung hier im Bärensaal. Und nicht zuletzt liebe Gäste auf der Tribüne. Ich begrüsse euch alle recht herzlich zu meiner ersten Sitzung als Präsident des Grossen Gemeinderates hier im Bärensaal. Zuerst möchte ich bekannt geben, dass auch alle anwesenden Gäste zum anschliessenden Apéro im Foyer um ca. 21.00 Uhr herzlich eingeladen sind. Der heutige Apéro wird übrigens spontan von meiner Frau und meinen Kindern organisiert. Dies ist naheliegend, da meine Frau eine Teilzeitstelle im Käseiladen in Worb hat. Auch ihnen besten Dank für die Vorbereitungen. Es freut mich, dass trotz Verschiebungsdatum der Rat fast vollzählig ist. Mit Stolz darf ich in diesem Jahr, nach 15-jähriger Parlamentstätigkeit, den Worber Rat präsidieren und freue mich speziell auf die erste Sitzung. Zuerst wusste ich nicht genau, was ich zu Beginn der Sitzung sagen soll. Ich erlaube mir, mit einem Gedankenanstoss einzusteigen. Der Absender ist der „Dalai Lama“. Übrigens ist dies ein Ehrentitel oder der höchste Titel, der seit hundert Jahren im buddhistischen Tibet vergeben wird. Ich möchte noch erwähnen, das heute eine Botschaft, eine Nachricht, oder vielmals auch ein sehr trauriges Ereignis in Windeseile über die neuen sozialen Medien weltumspannend verbreitet wird. Noch nie in der Geschichte der Menschheit war es einfach so viele Leute gleichzeitig zu erreichen. Wir alle, ob wir es wollen oder nicht, werden damit mehr oder weniger, ob im Guten oder Schlechten, beeinflusst. Hier nur ein Beispiel, das mich zum Nachdenken bewogen hat. „Im Zentrum steht der Mensch: Er opfert seine Gesundheit, um Geld zu verdienen. Dann opfert er sein Geld, um seine Gesundheit zurück zu bekommen. Er ist so auf die Zukunft fixiert, dass er die Gegenwart nicht geniessen kann. Das Ergebnis ist, dass er weder die Zukunft noch die Gegenwart lebt. Er lebt so, als würde er niemals sterben. Und er stirbt so, als hätte er niemals gelebt. Dalai Lama.“ Das beruhigende an dieser Analyse ist, dass wir hier im Parlament zu sehr bescheidenen finanziellen Entschädigungen unseren Job machen. So sind wir von dieser eher bedenklichen oder schrecklichen Tatsache nicht betroffen. Wir opfern uns nicht um Geld zu verdienen, sondern wir opfern uns für Worb. Für die Gemeinde Worb. Jetzt aber fertig philosophiert. Auch die heutige Sitzung ist ja unter einem besonderen Stern geboren. Weder mir noch unserem Gemeindeschreiber ist es bekannt, dass der Artikel vier (Einberufung) von der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates jemals seit Bestehen des Parlaments zur Anwendung kam. Dieser schreibt nämlich vor: „Der Grosse Gemeinderat tritt zusammen, wenn a) die Präsidentin oder der Präsident dazu einladen (dies ist meistens der Fall), b) der Gemeinderat es verlangt und c) mindestens zehn Mitglieder dies unterschriftlich verlangen. Und genau so ist diese Sitzung einberufen worden. Insgesamt 13 GGR-Mitglieder der Parteien SP, FDP und SVP verlangten eine ausserordentliche Sitzung. Mangels Geschäften wurde die ordentliche Sitzung vom 8. Februar 2016 vorgängig abgesagt. Die ausserordentliche Sitzung wurde gefordert, um die dringliche SP-Motion betreffend zusätzliches Parkgeschoss im Dreiklang zu behandeln und dies noch im Februar. Damit diese Sitzung stattfinden kann, gab es Vorgaben. Zeit und Ort sowie die Traktandenliste sind den Mitgliedern des Grossen Gemeinderates mindestens 14 Tage vor dem Sitzungstag bekannt zu geben und im Amtsanzeiger zu veröffentlichen. Der frühestmögliche Termin, um diesen Vorgaben einzuhalten, war der heutige Abend. Dies ist der Grund, dass wir die Sitzung um eine Woche verschieben mussten. Das Büro des Grossen Gemeinderates hat damit seine Pflicht erfüllt. Bei der Erarbeitung dieser Antrittsrede wollte ich zuerst etwas über Worb, über unsere Gemeinde und über die Gemeindegrenzen sagen. Ich weiss wo die Gemeindegrenzen sind und könnte diese wohl ohne Probleme ablaufen. Ich könnte auch etwas über folgende Themen sagen: Unsere Aussenorte, mögliche Fusio-

nen oder Zusammenarbeiten, Gemeindefinanzen, die Verkehrssituation und die damit verbundene Verkehrssanierung. Oder zum Thema Lädelerben, über den Bärenplatz oder noch vielmehr über den Wislepark. Wie wäre es mit Dreiklang mit der ominösen Parkplatzproblematik oder über die Stärnematt. Ja, auch die die Neuauflage der Ortsplanrevision, das Sonnenareal und das Kirchgemeindehaus Sperlisacher in Rüfenacht wären Themen. Die Schulwegsicherheit Rüfenacht – Worb oder über Probleme, die das Gewerbe oder Landwirtschaft betreffen oder über altersgerechten Wohnraum. Ich könnte die Liste verlängern und all dies wäre von Bedeutung. Als langjähriger Worber hätte ich dazu viel zu sagen, aber es scheint mir zu komplex und bei der Prioritätensetzung wollte ich nicht das eine Thema gegen das andere aufspielen. So lasse ich es bei der Aufzählung der Themen. Auch wenn die erwähnten Themen nicht abschliessend sind, zeigt es uns, welche Aufgaben, Entscheide und Herausforderungen hier in Worb auf uns warten. Sie warten auf die Politik, den Gemeinderat, aber auch auf uns hier im Parlament. Gemeinsam müssen wir nach Lösungen und Optimierungen suchen. Wann immer es möglich ist, müssen wir agieren und nicht zu viel reagieren. Denn dies ist meistens unangenehm. Ich spüre im Volk nebst den positiven Feedbacks auch viel Unverständnis, Unmut, Resignation, ja sogar Wut und Zorn werden mir manchmal entgegengebracht. Fakt ist, dass sich Worb in einem Wahljahr befindet und da ist immer alles ein bisschen anders. Die Parteien müssen sich in Position bringen. Die verantwortlichen Gremien sind unter Druck oder werden unter Druck gesetzt. Denn nur Erfolg zählt und an dem wird letztlich eine Partei gemessen. Dies spüren wir auch hier im Grossen Gemeinderat. Die Voten werden in diesen Jahren zunehmend prägnanter, aggressiver und unbändiger. Die Vorstösse werden eingereicht, ob nötig oder nicht, aber dies gehört zur Politik und zur Demokratie. Ja, sogar über die ersten Kandidaten fürs Gemeindepräsidium wurde in der Worber Post geschrieben. Also schon wieder eine Kampfwahl ums Präsidium. Die fetten Schlagzeilen in den Zeitungen haben wir wohl bereits jetzt auf sicher. Auch die Zusammensetzung hier im Grossen Gemeinderat oder im Gemeinderat wird mit Sicherheit durch die Wahlen umgekrempelt. Versteht mich richtig, ich sehe dies nicht etwa negativ. Dies belebt und steht für Transparenz und den politischen Wettbewerb. Mit Aussitzen, Verheimlichen und Vertuschen gewinnen wir bei der Bevölkerung kein Vertrauen. Vertrauen ist das wichtigste Gut in einer öffentlichen Gemeinschaft. Ich wünsche mir hier im Grossen Gemeinderat viele spannende Voten, gute und weitsichtige Entscheide und eine konstruktive Zusammenarbeit mit allen Betroffenen. Solange die Gesprächskultur nicht persönliche Diffamierungen beinhaltet und die Aussagen nicht unter die Gürtellinie gehen, werde ich hier nicht eingreifen. Zum Schluss noch zwei Dinge, die ich erwähnen möchte. Erstens wurde mir im Vorfeld dieser Sitzung von der Familie Bernhard vom Restaurant Löwen ans Herz gelegt, dass ich heute Abend dem Gemeinderat bestens danken soll für die wohlwollenden Worte, die er nach der Bekanntgabe des Entscheids über die Zukunft des Traditionsbetriebs Hotel Restaurant Löwen veröffentlicht hat. Dies habe die ganze Familie sehr gefreut. Zweitens ist es mir ein Anliegen, den anwesenden Medien einmal mehr bestens zu danken, dass sie immer aus unseren Sitzungen ausgewogen Bericht erstatten. Dies ist eminent wichtig, denn so können wir nämlich unsere Botschaften über den verlängerten Arm optimal an die Zielgruppe unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger tragen. Einen besonderen Willkommensgruss gilt unseren beiden neuen Ratsmitgliedern Stephan Kohli und Rudolf Zbinden. Beide sind für die SVP-Fraktion im Grossen Gemeinderat. Aufgrund des Rücktritts von Andreas Bergmann hat es auch bei der EVP-Fraktion einen Wechsel gegeben. Dieses Mitglied ist aber nicht anwesend, er musste sich für die heutige Sitzung entschuldigen. Nun wünsche ich allen eine interessante erste GGR-Sitzung im Jahr 2016!

Traktandenliste

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Fraktionszusammensetzungen 2016

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 364	15.02.2016	1	2013/17-250	143	12/0/0

Ratspräsident Wälti Martin gibt die Konstituierungen der Fraktionen des Grossen Gemeinderates für das Jahr 2016 bekannt:

Bürgerlich-Demokratische Partei Worb

Präsident/in: Läderach Christof
Vizepräsident/in: Kohler Walter
Sekretär/in: Walther Erika

Evangelische Volkspartei Worb

Präsident/in: Cetin Mayk
Vizepräsident/in: Zwahlen-Leibundgut Beatrix
Sekretär/in: Moser-Utiger Silvia

FDP. Die Liberalen Worb

Präsident/in: Kämpfer Erwin
Vizepräsident/in: Messerli Gregor
Sekretär/in: Maccaferri-Iseli Barbara

Grünliberale Partei Worb

Präsident/in: Jost-Pfister Catarina
Vizepräsident/in: Graf Stefan
Sekretär/in: Graf Stefan

Schweizerische Volkspartei Worb

Präsident/in: Bernhard Niklaus
Vizepräsident/in: Aebersold Daniel
Sekretär/in: Hirsbrunner Bruno

Sozialdemokratische Partei Worb

Präsident/in: Fröhlich Viktor
Vizepräsident/in: Federer Guido

Sekretär/in: Raymann-Ochsenbein Brigit

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 364	15.02.2016	2	2013/17-251	143	12/0/0

Ratspräsident Wälti Martin:

- Die Ratsmitglieder sind gebeten, bei Abstimmungen ein klar sichtbares Handzeichen zu machen. Sie erleichtern damit die Arbeit der Stimmzähler sehr.
- Die Stimmzähler erheben sich zur Ausmittlung der Stimmzahlen. Die Hand muss so lange erhoben bleiben, bis sich die Stimmzähler wieder setzen.
- Wenn absehbar ist, dass eine Parlamentssitzung länger als zwei Stunden dauert, ordnet der Präsident zwischen 20.30 und 21.00 Uhr einen Sitzungsunterbruch von zehn Minuten Dauer an.
- Der Ratsausflug findet am Freitag, 9. September 2016, nachmittags, statt.
- Wie ich es bereits bei der Antrittsrede erwähnt habe, ist ein Rücktritt zu verzeichnen. Andreas Bergmann von der EVP hat per 31. Dezember 2015 seinen Rücktritt aus dem Grossen Gemeinderat bekannt gegeben.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Planung: Ich habe drei Angelegenheiten, über die ich gerne orientiere. Der Gemeinderat hat sich am 18. Januar 2016 in eine Klausur begeben. Im Rahmen dieser Klausur hat der Gemeinderat die Bautätigkeit im Dorfzentrum Worb für die Jahre 2016 – 2020 beleuchtet, und zwar vor dem Hintergrund der folgenden Fragen: Welche öffentlichen und privaten Bauvorhaben (und zwar sowohl Hoch- als auch Tiefbauten) werden wann auf der Zeitschiene realisiert? Wie wird das öffentliche Leben im Dorfzentrum von Worb durch die Bautätigkeit eingeschränkt? Oder als konkrete Fragen: Welche Einschränkungen gibt es in Bezug auf Wohnen und Einkaufen? Wie wird der Verkehr während dieser Zeit geführt? Stehen ausreichend Parkplätze zur Verfügung? Welche Einschränkungen muss die Wirtschaft hinnehmen? Können alle üblichen Anlässe wie das Schülerturnier, der Treichlecup, das Generationenfest, die Bundesfeier, der Weihnachtsmarkt und die Anlässe im Bärensaal wie gewohnt durchgeführt werden? Welche Einschränkungen ergeben sich für die Nutzung der Zivilschutzanlage auf der Hofmatt, namentlich für die Nutzung durch militärische Truppen? Zeichnen sich kritische Engpässe ab? Welche Massnahmen wurden getroffen resp. sind vorgesehen, damit derartige Engpässe minimiert oder vermieden werden können? Besteht allenfalls zusätzlicher Handlungsbedarf? Der Gemeinderat ist mit drei Informationsblöcken in das Thema eingestiegen. Ich kann diese Informationsblöcke hier natürlich nur in groben Zügen präsentieren. In einem ersten Informationsblock hat Adrian Gygli die kantonalen Tiefbauprojekte vorgestellt, die im angesprochenen Zeitraum umgesetzt werden. Der Bau der Spangen Nord und Süd wird bekanntlich im Herbst 2016 abgeschlossen und am 17. September 2016 eingeweiht. Die Umgestaltung von Bern- und Bahnhofstrasse wird in den Jahren 2017 und 2018 vorgenommen. Die Boll- und die Richigenstrasse werden anschliessend, also voraussichtlich im Jahr 2019 und die Enggistestrasse voraussichtlich im Jahr 2020 saniert. Gleichzeitig ist aufgezeigt worden, wie der Verkehr während der Bauzeit geführt wird. Im Rahmen der Umgestaltung von Bern- und Bahnhofstrasse ist für uns wesentlich, dass die Zufahrt zu allen Geschäften und Liegenschaften sichergestellt ist, indem die Strassen während der Bauarbeiten immer einspurig befahrbar bleiben. Dieser Grundsatz ist für Wohnen, Einkaufen und für das wirtschaftliche Leben in Worb Dorf sehr wesentlich. Im zweiten Informationsblock sind die kommunalen Projekte vorge-

stellt worden. Die Wasserleitung Schulhausstrasse wird im Sommer 2016 saniert. Der vorgesehene Multifunktionsplatz auf der Stärnematte wird ebenfalls bis Sommer 2016 erstellt. Selbstverständlich vorbehaltlich dem Kreditbeschluss im Grossen Gemeinderat, der in der März Sitzung behandelt wird. Das Projekt Hochwasserschutz Worble wird im Herbst 2016 abgeschlossen. Die Verbindung des Worble mit dem Wydekanal, der im unteren Bereich des Kirchwegs vorgenommen wird, wird im Herbst 2016 gebaut. Im Rahmen der Sanierungen der verschiedenen Strassen werden sämtliche vorhandene Wasser- und Abwasserleitungen gleichzeitig mitsaniert. Die Sanierung oder Neugestaltung des Schulhausplatzes beim Schulhaus Zentrum ist für das Jahr 2019 vorgesehen. Mit diesem Projekt wird sich die Politik aber vorgängig noch beschäftigen. Im dritten Block sind dann noch die Projekte von den privaten Investoren vorgestellt worden. Die Überbauung Dreiklang Hofmatt wird voraussichtlich im Sommer 2016 an die Hand genommen. Für dieses Projekt ist insbesondere aufgezeigt worden, welche Flächen im Bauablauf für die Besucher des Wislepark zur Verfügung stehen. Ebenso ist die Überbauung am Stärneplatz (auf dem Areal der ehemaligen Metzgerei Liechti) ab Sommer 2016 geplant. Im Worboden, auf dem Perimeter der Überbauungsordnung N9, wird die Erschliessung ab dem Jahr 2016 gebaut, sodass dann allfällige Gewerbebauten und die Überbauung „Sunnebode“ der Burgergemeinde Bern ab dem Jahr 2017 realisiert werden können. Diese Bauplätze werden von der Spange Nord aus erschlossen und haben deshalb wenige Auswirkungen auf den Verkehr durch das Dorfzentrum. Der Gemeinderat ist im Rahmen der Klausur zu drei Erkenntnissen gelangt. Die Vielzahl von anstehenden Bautätigkeiten wird die Öffentlichkeit in Worb in den nächsten Jahren tangieren. Einschränkungen und Verkehrsumleitungen sind leider unumgänglich. Der Gemeinderat ist aber zur Einschätzung gekommen, dass die gegenseitigen Abhängigkeiten der verschiedenen Bauprojekte jedoch bereits richtig erkannt worden sind und dass die Projekte zwischen Kanton und Gemeinde eng koordiniert umgesetzt werden. Damit ist aus Sicht des Gemeinderates gewährleistet, dass die Einschränkungen der Öffentlichkeit so gering wie möglich bleiben. Damit ständig ausreichend Parkplätze zur Verfügung stehen, will der Gemeinderat das Projekt für den Multifunktionsplatz auf der Stärnematt weiterverfolgen und dem Grossen Gemeinderat in der März Sitzung zur Beschlussfassung unterbreiten. Der Multifunktionsplatz dient der Entlastung während der Bauphase des Dreiklangs und als wichtiger Standort für das Militär. Zudem sollen die bereits vorhandenen Parkplätze (Migros, Coop, Raupe) auch ausserhalb der Ladenöffnungszeiten genutzt werden können und durch ein geeignetes Parkleitsystem aktiviert werden. Mit Coop ist erneut das Gespräch zu suchen, damit dem Grossverteiler künftig eine möglichst optimale Lösung für seine Zufahrt zur Verfügung steht. Es muss alles unternommen werden, dass Coop am jetzigen Standort festhält. Coop spielt neben der Versorgung für diesen Teil des Dorfes unter anderem eine wichtige Rolle als Frequenzbringer und hat deshalb eine sehr grosse Bedeutung für das Bärenareal. Der Gemeinderat hat schon bei der Behandlung der Motion „Bären-Karusell“ in diesem Sinne ausgedrückt und Erheblicherklärung beantragt. Der Gemeinderat hat sich am 1. Februar 2016 mit einer Delegation des Kantons bestehend aus Regierungsrat Christoph Neuhaus, mit dem Leiter des Amtes für Gemeinden und Raumordnung (AGR) Daniel Wachter, mit der Leiterin der kantonalen Denkmalpflege, Frau Tatjana Lori, und mit Denis Grisel von der kantonalen Wirtschaftsförderung getroffen. Wir haben im Rahmen dieser Besprechung die Planungsgeschäfte der Gemeinde Worb bearbeitet. Ich gebe dazu gerne zwei Punkte weiter: Das wichtigste Resultat von dieser Besprechung war die klare Feststellung der Gemeinde, dass die Anliegen der „inneren Entwicklung“ gegenüber der Denkmalpflege und dem Ortsbild- und Landschaftsschutz auf der Ebene Kanton zu wenig gewichtet werden. Die „Siedlungsentwicklung nach innen“ wird zwar gerade auf kantonaler Ebene immer wieder als wichtige Stossrichtung dargestellt. Mit „Siedlungsentwicklung nach innen“ soll insbesondere das Kulturland geschont werden. Weil aber „Siedlungsentwicklung nach innen“ ein eher neues Anliegen ist, fehlt ihr auf kantonaler Ebene nach Einschätzung des Gemeinderates noch die entsprechende Lobby. Aus Sicht des Gemeinderates ist dies eine unbefriedigende Situation, die kor-

rigiert werden muss. Aus seiner Sicht sollte im Rahmen der kantonalen Vorprüfung neben all den anderen Fachberichten auch ein geeignetes Gremium eine Einschätzung abgeben, ob und wie weit bei der vorliegenden Planänderung dem Anliegen bezüglich „Siedlungsentwicklung nach innen“ nachgelebt wird. Eine derartige Einschätzung ist wesentlich, weil das AGR nur so im Rahmen der Vorprüfung eine echte Interessenabwägung gegenüber den Anliegen der Denkmalpflege vornehmen kann. Dass es die Gemeinde Worb hier nun trifft, hat vor allem damit zu tun, dass wir in Bezug auf „innere Entwicklung“ vorangehen. Wenn wir innerhalb des Siedlungsraumes mehr Nutzung schaffen wollen, dann sind wir tatsächlich darauf angewiesen, dass der Kanton auch das Anliegen in geeigneter Weise wahrnimmt, den bereits vorhanden Boden so gut als möglich zu nutzen, und nicht nur die Anliegen der Denkmalpflege aufnimmt. Der zweite Punkt betrifft die Entwicklung des ESP Worboden Nord. Im Zusammenhang mit dem ESP Worboden haben wir die Vertreter des Kantons klar darauf hingewiesen, dass hier eine Entwicklung nur dann angeschoben werden kann, wenn der Kanton der Gemeinde gewisse Handlungsspielräume zulässt. Ich erinnere daran, dass wir im letzten Sommer die Entwicklung im ESP Worboden Nord mit einer vorgeschlagenen Mischnutzung anschieben wollten und der Kanton dann genau diese Mischnutzung abgelehnt hat. Die Situation ist für die Gemeinde unbefriedigend, wenn der Kanton auf der einen Seite ein Engagement der Gemeinde erwartet, aber auf der andern Seite das ausgearbeitete Vorgehen der Gemeinde ablehnt. Wir haben deshalb mit Nachdruck die erforderlichen Handlungsspielräume gefordert, damit im Bereich ESP Worboden Nord die erwartete Entwicklung umgesetzt werden kann. Ich weise zum Schluss gerne noch darauf hin, dass das Planerlassverfahren zur Teilüberbauungsordnung „am Stürneplatz“ derzeit in der öffentlichen Auflage ist. Die Teilüberbauungsordnung umfasst wie schon erwähnt unter anderem das Areal der ehemaligen Metzgerei Liechti und deckt einen Teil der ZPP K6 ab. Die Auflage dauert vom 27. Januar bis am 26. Februar 2016. Ich lade euch ein, die Unterlagen auf der Website oder auf der Bauabteilung einzusehen und zu studieren und eine allfällige Einsprache in diesem Zeitraum einzureichen, falls ihr dies als nötig erachtet.

Protokoll der Sitzung vom 7. Dezember 2015: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 364	15.02.2016	3	2013/17-252	144	12/0/0

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Aufsichtskommission: Ersatzwahl

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 364	15.02.2016	4	2013/17-253	458	10/1/1

Ratspräsident Wälti Martin: Mit dem Rücktritt aus dem Grossen Gemeinderat von Andreas Bergmann ist auch sein Rücktritt in der Aufsichtskommission per 31. Dezember 2015 erfolgt. Als Mitglied liegt folgender schriftlicher Wahlvorschlag vor: Moser Silvia (EVP). Da dieser Wahlvorschlag

nicht vermehrt wird, erkläre ich in Anwendung von Art. 68 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates als in stiller Wahl gewählt: Moser Silvia (EVP).

Motion der EVP-Fraktion betreffend Erhöhung des Sitzungsgeldes

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 364	15.02.2016	5	2013/17-254	1323	12/0/0

Zwahlen-Leibundgut Beatrix, EVP: Im Rahmen der Spar- und Verzichtsmassnahmen hat das Parlament im Mai 2014 einer Kürzung des Sitzungsgeldes zugestimmt. Im Dezember 2015 ist die entsprechende Änderung im Personal- und Behördenreglement mit 18 Ja zu 14 Nein Stimmen hier im Parlament angenommen worden. Ich komme nur ungerne auf einen erst kürzlich getroffenen Parlamentsbeschluss zurück. In diesem Fall finden wir es aber wirklich notwendig. Die Kürzung betrifft nicht nur uns Parlamentarier. Im Artikel 38 des Personal- und Behördenreglements steht, dass neben den Parlamentarier auch der Gemeinderat, die ständigen und nicht ständigen Kommissionen, die behördlichen Ausschüsse und auch das Personal, welches die Gemeinde in einer Institution oder einem Unternehmen vertritt, dass es diese auch betrifft. War uns dies bewusst, als wir darüber abgestimmt haben? Dass wir zugleich mit unseren Ansätzen auch die Sitzungsgelder der Feuerwehr, des Zivilschutzes und vom regionalen Führungsorgan (RFO) Worb – Bigenthal kürzen? Waren wir uns bewusst, dass zum Beispiel die Feuerwehr und der Zivilschutz im Quervergleich mit anderen Gemeinden schlecht abschneiden? Aufgrund unserer Abklärungen liegen unsere heutigen Ansätze regelmässig tiefer. Diese Ungleichbehandlung können und wollen wir nicht einfach so hinnehmen. Als Vergleichsbeispiel möchte ich euch einmal die Zahlen einer zweistündigen Abendsitzung nennen. Die Gemeinde Worb zahlt neu für die zwei Stunden am Abend CHF 25.-. Die Feuerwehr der Region Gumm, das sind die Gemeinden Arni, Landiswil, Biglen und Walkringen, bezahlt für die gleiche Sitzung CHF 40.-. Konolfingen bezahlt CHF 50.- und Münsingen CHF 40.-. Das sind nur einige Beispiele. In den genannten Gemeinden erhalten die Sitzungsteilnehmer fast das Doppelte. Genau das finden wir nicht gerecht und auch nicht in Ordnung. Die Feuerwehr und der Zivilschutz sind vernetzt. Regional finden gemeinsame Sitzungen statt. Eine so klare Ungleichbehandlung kann mindestens zu Unzufriedenheit, zu mangelnder Motivation führen und im weitesten sogar zu Austritten. Wir wissen alle, wie schwer es ist, Personen zu finden, welche einen Teil ihrer Freizeit für die Gemeinde einsetzen. Zudem finden wir, dass die Entschädigung ein Ausdruck von Wertschätzung gegenüber all denen ist, welche sich freiwillig für die Gemeinden und das Gemeindewohl einsetzen. Wer von uns Parlamentarier ein Sparzeichen setzen will, kann dies machen und sich im Büro melden, dass er auf seine Entschädigung verzichten möchte. Zum Schluss möchte ich noch sagen, dass ich zum Beispiel im letzten Jahr für meine Sitzungen, und ich habe an allen Sitzungen teilgenommen, im Grossen Gemeinderat, im Büro des Grossen Gemeinderates und in der Bildungskommission CHF 400.- erhalten habe. Bei euch war es sicherlich im ähnlichen Rahmen. Dies ist nicht viel. Zufälligerweise habe ich heute Morgen eine Person getroffen, welche mich auf die Sitzungsgelder angesprochen hat. Sie fand, dass wir im Parlament auch etwas sparen können. Ich habe darauf geantwortet, dass es nicht nur das Parlament betrifft, sondern auch andere. Ich bin auf den Stimmausschuss zu sprechen gekommen, da sagte die Frau; „Was der Stimmausschuss? Ich bin auch im Stimmausschuss. Bekomme ich jetzt auch weniger?“ Daraufhin habe ich gesagt, dass dies so beschlossen worden ist. Die EVP bittet euch dringend, die Motion zu überweisen.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Der Grosse Gemeinderat hat sich am 8. Dezember 2014 mit den Sitzungsgeldern beschäftigt. Er hat damals einer Änderung des Personal- und Behördenreglements und damit der Reduktion des Sitzungsgeldes zugestimmt. Der Gemeinderat hat schon damals in seinem Antrag an den Grossen Gemeinderat unmissverständlich darauf hingewiesen, dass von diesem Beschluss nicht nur der Grosse Gemeinderat, sondern auch verschiedene andere Stellen wie beispielsweise die Feuerwehr und der Stimmausschuss betroffen sein werden. Die Reduktion der Sitzungsgelder hat bei der Feuerwehr und beim Zivilschutz die stärksten Reaktionen ausgelöst. Die Reaktionen sind gegangen von negativen Rückmeldungen bis hin zu Überlegungen einzelner Personen, ob sie unter diesen Bedingungen ihre freiwillige Tätigkeit noch weiter ausüben wollen. Beim Stimmausschuss sind bisher keine negativen Rückmeldungen eingegangen. Allerdings besteht auch hier die Gefahr von Rücktritten. Ein Vergleich mit den beiden ähnlich grossen Nachbargemeinden Münsingen und Muri zeigt, dass bei uns in Worb tatsächlich deutlich tiefere Sitzungsgelder ausbezahlt werden. Münsingen richtet ein Sitzungsgeld pro Stunde aus. Die Präsidien (von Parlament und von den Kommissionen) erhalten pro Stunde CHF 30.- ebenso die Sekretäre und Protokollführenden. Die Parlamentsmitglieder erhalten pro Stunde CHF 20.-, ebenso die Gemeinderatsmitglieder und die Mitglieder der Kommissionen. In Muri beträgt das Sitzungsgeld für alle gleich viel. Nämlich für Sitzungen bis zu drei Stunden CHF 50.- und dann für jede weitere angebrochene oder ganze Stunde zusätzlich CHF 15.-. Der Gemeinderat hält an seiner früheren Haltung fest und schliesst sich der Einschätzung der Motionäre an, dass jede Gemeinde auf qualifizierte und motivierte Freiwillige in ihren Institutionen und Kommissionen angewiesen ist. Die Arbeit, die geleistet wird, ist aus seiner Sicht sehr wertvoll für unsere Gemeinde. Der Gemeinderat ist deshalb der Ansicht, dass diese Arbeit auch angemessen entschädigt wird. Er beantragt deshalb Erheblicherklärung des Vorstosses.

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass sich die Lage, welche zur Kürzung der Sitzungsgelder geführt hat, noch nicht wesentlich verändert hat. Zudem ist das Parlament, welches die Kürzung beschlossen hat immer noch das gleiche. Ausserdem befinden wir uns immer noch in der gleichen Legislatur und wir haben immer noch Vorbildcharakter als Parlamentarier. Sitzungsgelder nach Lust und Laune herauf und herab zu verschieben ist nach unserer Meinung weder sinnvoll noch glaubwürdig. Deshalb lehnen wir diese Motion ab. Tatsache ist, dass wahrscheinlich den wenigsten Parlamentarier zu diesem Zeitpunkt bewusst gewesen war, dass auch freiwillige Helfer der Feuerwehr, des Zivilschutzes und dem RFO sowie der Stimmausschuss von dieser Kürzung betroffen sind. Die SP könnte sich vorstellen, für deren Arbeit die verdiente Wertschätzung entgegen zu bringen. Die SP würde einer solchen Motion zustimmen. Aber das Sitzungsgeld der Kommissionen, den Parlamentarier, den Verwaltungsangestellten zu erhöhen sieht die SP nicht und dies sollte so gelassen werden wie damals beschlossen.

Jorio Marco, GLP: Die GLP lehnt die Motion ab. Auch wenn wir Sympathien für das Anliegen haben. Vor allem weil offensichtlich die wertvollen Dienste der Feuerwehr und andere betroffen sind. Wir bedauern sehr, dass es zu diesen unbeabsichtigten Kollateralschäden gekommen ist. Der Grosse Gemeinderat macht sich aber unglaublich, wenn man kaum zwei Jahre später den Entscheid wieder über den Haufen schmeisst. Vor allem wenn man seine eigenen Sitzungsgelder wieder erhöht, das nennt man Hauruckübung. Nach unserem Erachten ist der Gemeinderat in der Pflicht. Er soll doch eine massgeschneiderte Lösung für die Gruppe vorlegen, welche tatsächlich zu wenig erhalten. Er weiss am besten, wer genau betroffen ist. Wir empfehlen, diese Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Wälti Sandra, SVP: Knapp zwei Jahre ist es her, dass wir hier im Parlament aufgrund der schwierigen finanziellen Situation unserer Gemeinde verschiedene Spar- und Verzichtsmassnahmen diskutiert und abgestimmt haben. Damals haben wir einige Punkte gefunden, bei denen es Kosten einzusparen gilt. Finanzielle Einsparungen bedeuten immer ein Verzicht oder eine Einschränkung bei irgendetwas. Irgendjemand wird das immer zu spüren bekommen. Die SVP-Fraktion findet heute genauso wie im Mai 2014, dass wir als Behördenmitglieder mit gutem Beispiel vorangehen sollten und auf einen Teil unseres Sitzungsgeldes verzichten müssen. Dass diese Regelung zum Beispiel auch für die Feuerwehr, den Zivilschutz oder den Stimmausschuss gilt, ist die unerlässliche Konsequenz unserer Entscheidung von damals. Jede Gemeinde ist auf die Arbeit von freiwilligen angewiesen. Es ist so oder so nicht möglich, diese wertvolle und oft zeitaufwändige Arbeit gerecht zu entschädigen. Aus diesem Grund lehnen wir die Motion der EVP ab.

Kohler Walter BDP: Die BDP-Fraktion hat dieses Thema auch besprochen und möchte mit Vorbehalt dieser Motion zustimmen. Man müsste es differenziert betrachten. Wir bitten den Gemeinderat dies so zu behandeln. Organe mit regionaler Verknüpfung, wie der Zivilschutz, die Feuerwehr oder auch Kommissionen, die einen ausserordentlichen Zeitaufwand haben, sollen differenziert behandelt werden. Dem kann die BDP zustimmen. Aber die BDP würde kaum zustimmen, wenn der Grosse Gemeinderat auch mit einbezogen würde. Wir finden, es ist fast wie ein Armutszeugnis, wenn wir die Voten betrachten, welche jetzt auftauchen, dass man dies nicht gesehen hat. Wir hätten Mühe so etwas erneut zuzustimmen. In diesem Zusammenhang ist viel von Wertschätzung erzählt worden oder man konnte es auch lesen. Was ist genau Wertschätzung? Zu diesem Thema möchte ich ein Zitat vorlesen: „Wertschätzung bezeichnet die positive Bewertung eines anderen Menschen. Sie gründet auf eine innere allgemeine Haltung Anderen gegenüber. Wertschätzung betrifft einen Menschen als Ganzes, sein Wesen. Sie ist eher unabhängig von Taten oder Leistung. Auch wenn solche die subjektive Einschätzung über eine Person und damit die Wertschätzung beeinflusst“. Also in diesem Sinne haben wir nicht das Gefühl, dass es eine grössere Wertschätzung ist, wenn man von CHF 25.- wieder auf die CHF 35.- erhöhen würde. Dies gäbe 40 % mehr. 40 % mehr ist eine sehr hohe Wertschätzung. Als Betrag entspricht es nach wie vor sicherlich nicht der Leistung, welche man vollbringt. Was ist eigentlich der Wert, was wir erarbeiten? Ist es der Wert, dass ich hier etwas weniger lang spreche und wir weniger lange Voten bringen? Oder sollte man besser nichts sagen, damit wir mit der Sitzung schneller fertig sind? Oder so dass wir danach noch ins Restaurant etwas trinken gehen und so die Restaurants unterstützen. Ihr seht, die subjektive Einschätzung von Wert kann sich in eine Geringschätzung verändern. Ich hoffe, wir werden dies in diesem Sinne nicht erreichen.

Zwahlen-Leibundgut Beatrix, EVP: Ich glaube, es geht hier nicht um die Glaubwürdigkeit des Parlaments. Wir haben zu diesem Zeitpunkt über so viele Spar- und Verzichtsmassnahmen abgestimmt, da kann es passieren, dass etwas falsch verstanden wird. Sollte diese erhöhte Entschädigung nur gewissen Gremien ausbezahlt werden, frage ich mich, wo dann diese Grenze sein soll? Geben wir diese Erhöhung der Feuerwehr, dem Zivilschutz und dem RFO oder bekommen die Kommissionen die Erhöhungen auch? Ich bin aber der Meinung, dass der Gemeinderat durchaus in der Lage ist, selber zu entscheiden, wie er diese Entschädigung anpassen will. Wir sind damit einverstanden, dass diese Motion in ein Postulat umgewandelt wird.

Ratspräsident Wälti Martin: Die Motion wird also in ein Postulat umgewandelt.

Beschluss:

Die in ein Postulat umgewandelte Motion der EVP-Fraktion betreffend Erhöhung des Sitzungsgeldes wird 19 zu 15 Stimmen bei 2 Enthaltungen als erheblich erklärt.

Dringliche Motion der SP-Fraktion betreffend Zusätzliches Parkgeschoss im Dreiklang

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 364	15.02.2016	6	2013/17-255	1369	31/0/1

Federer Guido, SP: Dieses Geschäft weist einen entscheidenden Unterschied zum vorher behandelten Geschäft auf. Unsere Sitzungsgelder kann man auch in zwei bis drei Jahren noch erhöhen. Nach Baubeginn des Dreiklangs ist die Chance auf zusätzliche Parkplätze für mindestens 60 Jahre vorbei. Ich bitte euch, das bei eurem Entscheid zu bedenken. Die neue Ortsplanung setzt statt auf Einzonungen auf innere Verdichtung. Eine Stossrichtung, die die SP vollumfänglich unterstützt. Die Errichtung eines neuen Parkplatzes an einer bestens durch den öffentlichen Verkehr erschlossenen Lage widerspricht aus unserer Sicht dieser Strategie diametral. Es darf nicht sein, dass die Gemeinde von privaten Bauherren innere Verdichtung verlangt und selber in der ersten Bewährungsprobe auf die kurze Frist gesehen die nicht beste Lösung präferiert. Das ist aus unserer Sicht keine glaubwürdige Politik. Das ursprüngliche Projekt Dreiklang hat den Vollausbau von zwei Parkgeschossen vorgesehen. Weil das angestrebte Ertragsziel von CHF 200'000.- Baurechtszins pro Jahr nicht erreicht hat, wurde einfach die Anzahl der Parkplätze reduziert, damit diese Vorgaben trotzdem noch erreicht werden können. Mittlerweile wurden die Geschosse oberirdisch aufgestockt und damit auch der Baurechtszins. Er beträgt voraussichtlich CHF 236'000.- pro Jahr. Heute sind auf dem Hofmatt-Areal 198 Parkplätze vorhanden. Nach der Erstellung des Dreiklangs sind gemäss heutiger Planung, also ohne unsere Motion, folgende Parkplätze vorgesehen: 60 oberirdische Parkplätze entlang des Sportwegs, 59 oberirdische Parkplätze neben der Eishalle, 60 Parkplätze im 1. Untergeschoss. Die Parkplätze im Untergeschoss dürfen gemäss einem Vertrag zwischen Aldi und der Gemeinde gesperrt werden, wenn der Aldi diese Parkplätze benötigt. 60 Parkplätze im 2. Untergeschoss und diese sind für die Anwohner des Wisleparcs reserviert und somit nicht öffentlich. Aus diesem Grund stehen zukünftig rund 81 Parkplätze weniger zur Verfügung. Zudem haben wir im Erdgeschoss des Dreiklangs noch etwa 750 m² Geschäftsfläche zur Verfügung. Dies benötigt ebenfalls viele Parkplätze. Für den Wislepark und das Schwimmbad bleiben noch ungefähr 100 Parkplätze. Wir befürchten, dass dadurch die Attraktivität des Wisleparcs deutlich sinken wird. Dass sich daraus vermutlich grösser ergebende Defizit vom Wislepark muss dann wahrscheinlich wieder über einen höheren Gemeindebeitrag gedeckt werden. Mit dem Vollausbau des 2. Untergeschosses können rund 60 zusätzliche Parkplätze realisiert werden. Die SP hat aus diesen Gründen ihre Motion angepasst und verlangt nun 60 zusätzliche Parkplätze. Wir haben dies den Fraktionspräsidenten wie auch der Gemeindeverwaltung bereits kommuniziert. Was kostet dies? Gemäss Angaben der Dreiklang Hofmatt AG kosten die Parkplätze ca. CHF 37'500.-. Dies gibt mit den Planungskosten von CHF 250'000.- totale Kosten von 2.5 Mio. Franken. Bei einem Zinssatz von 1.5 % gibt dies CHF 37'500.- pro Jahr an Zinskosten. Dies entspricht ziemlich genau der Erhöhung des Baurechtszinses aufgrund der Aufstockung des Dreiklangs. Aus Sicht der SP sollten diese Parkplätze auch bewirtschaftet werden. Wenn man von CHF 2.- pro Tag und Platz ausgeht, dann gibt dies einen jährlichen Ertrag von CHF 47'500.- für Unterhalt und Amortisation. Jetzt noch einige Worte zur Eignung des Multifunktionsplatzes Stärnematt. Die Gemeinde will da 120 zusätzliche Parkplätze erstellen. Bis

heute hat es aber für dieses Projekt noch keine Standortanalyse gegeben. Wenn ein solcher Platz überhaupt benötigt würde, wäre aus unserer Sicht ein anderer Standort für diesen Platz geeignet. Das Grundstück gehört auch nicht der Gemeinde sondern ist nur im Baurechtsvertrag mit einer Vertragsdauer von zehn bis 15 Jahren gemietet. Ich habe hier unterschiedliche Angaben erhalten. Aus diesem Grund sind die Parkplätze auch langfristig nicht gesichert. Für die Erstellung dieser Parkplätze wird mit Kosten von CHF 500'000.- gerechnet. Darin sind allfällige Abbruchkosten nach dem Ablauf des Baurechtsvertrags noch nicht enthalten. Die Erschliessung dieses Multifunktionsplatzes müsste über die verkehrsberuhigte Bernstrasse erfolgen. Mit dem würde ein Teil der Verkehrsberuhigung auf der Bernstrasse wieder zunichte gemacht. Zudem ist die Stärnematt zentral gelegen. Aus unserer Sicht hervorragend für eine Wohnüberbauung. Es sind keine 5 Minuten zu Fuss bis zum RBS-Bahnhof. Das würde aus unserer Sicht auch ein deutlich höherer Ertrag generieren als ein Parkplatz inklusive Einnahmen des Militärs. Aus Sicht der SP ist der Bedarf von einem Mehrzweckplatz nicht nachgewiesen. Die entsprechenden Veranstaltungen von einem Multifunktionsplatz die finden bereits heute statt. Die können im Sommerbetrieb in der Eishalle stattfinden, im Schulhaus Worboden oder auf dem Bärenplatz. Wenn der Zirkus in Worb gastierte, war er in der Bächumatt oder in der Eichmatt. Der Platz war also auch bisher vorhanden. Der Nutzen für das Schwimmbad ist aus unserer Sicht auch beschränkt. Es sind ca. 500 Meter Fussweg bis zum Eingang. Ausser wenn es einen zweiten Eingang gäbe, aber dieser müsste dann auch gesichert werden, es würde eine zusätzliche Kasse benötigen oder sonst eine Lösung, dass Eintritte gelöst werden können. Nach der Realisierung des Dreiklangs befindet sich die Zivilschutzanlage, welche aktuell auf der Hofmatt ist, mitten in einer Überbauung. Wir glauben nicht, dass die Einwohner Freude haben, wenn eine Militärperson mit der Flinte Wache steht. Auch das Militär wird wohl keine Freude daran haben. Die Anfahrt mit dem Lastwagen vor die Zivilschutzanlage ist dann auch nicht mehr gewährleistet. Aus all diesen Gründen erscheinen uns die unterirdischen Parkplätze als die optimalste Lösung. Deshalb möchte ich euch bitten, unsere Motion zu unterstützen.

Gemeinderat Hauser Ernst, Departementsvorsteher Bau: Zuerst möchte ich noch eine Bemerkung loswerden. Es wurde gesagt, dass der Gemeinderat die Diskussion verweigert und das Parlament ausgehebelt wird. Als ich dies gelesen habe, musste ich schmunzeln. Einige haben wahrscheinlich den Parlamentsbetrieb nicht begriffen. Die Traktandenliste und die Sitzungsvorbereitung sind die Aufgabe des Büros des Grossen Gemeinderates. Das Büro des Grossen Gemeinderates hat die Sitzung abgesagt, nicht der Gemeinderat. Der Gemeinderat hat entschieden keinen Projektierungskredit vorzulegen und den Vorstoss nicht zu überweisen sondern direkt abzuschreiben. Er hat nicht mehr und nicht weniger entschieden. Der Gemeinderat hat lange und vertieft über dieses Geschäft diskutiert. Anschliessend hat er entschieden und kommuniziert. Zuerst an die Parteipräsidenten und dann mit einer Medienmitteilung. Dass dieser Prozess von einigen Personen nicht akzeptiert wird, werte ich als Zeichen dafür, dass die politischen Prozesse, die Gewaltentrennung und der Gemeinderat nicht ernst genommen werden. Wahrscheinlich gehört es zur Demokratie, dass man grundsätzlich misstrauisch ist, vor allem im Wahljahr. Was ich nun zum Vorstoss vortrage hätte ich bereits vor einer Woche an der ordentlichen Sitzung des Grossen Gemeinderates sagen können. Ich habe es bereits erwähnt, am 18. Januar 2016 hat sich der Gemeinderat an einer Klausur eingehend mit den heute möglichen und bekannten Bauprojekten rund um die Hofmatt befasst. Dreiklang, Käserei, das Liechi- und das Pfisterareal und zugleich die gesamte Parkplatzsituation in Worb Dorf wurden betrachtet. Seien dies die Einstellhallen von Coop und Migros, die neue Einstellhalle des Dreiklangs, die Einstellhalle bei der Raupe und natürlich auch die Alternative Stärnematt. Als Klammerbemerkung darf hier gesagt werden, dass der Dienstbarkeitsvertrag für die Nutzung der Stärnematt unterschrieben ist. Das Geschäft wird wie geplant am 29. Februar 2016 im Gemeinderat behandelt und kommt anschliessend am 21. März 2016 in den Grossen Gemeinderat. Ich möchte heute nicht wei-

ter auf diesen Vertrag eingehen. Wir haben von der Polizeiabteilung eine Vergleichstabelle über die Parkplatzsituationen in anderen Gemeinden erhalten (Folienauflage. Die Protokollführerin). Darin ist ersichtlich, dass Worb gar keine so schlechte Parkplatzsituation hat. Münsingen hat beim Schwimmbad 234 Parkplätze. Zusätzlich sind auf der anderen Seite der Aare beim Fussballplatz nochmals 100 Parkplätze. Das Schwimmbad in Münsingen verzeichnete im Jahr 2015 125'000 Eintritte ins Schwimmbad. Belp hat eine wunderbare Situation in der Nähe des Flugplatzes. Da bestehen beim Schwimmbad 316 Parkplätze. Aber wenn wir bedenken, dass dort der Streethockeyplatz, der Fussballplatz, Tennis, das Schwimmbad und noch weitere Vereine die Parkplätze brauchen, sind sie auch nicht besonders gut ausgestattet. Belp konnte im Jahr 2015 116'000 Eintritte ins Schwimmbad verzeichnen. Ostermündigen hat eine wesentlich schlechtere Situation als Worb. Da bestehen 128 Parkplätze bei 92'000 Eintritten ins Schwimmbad. Nun komme ich zur Gemeinde Lyss. Lyss hat ca. 50 fixe Parkplätze. Beim Schwimmbadbetrieb und schönem Wetter können sie das Feld des Bauers benützen. Und dies mit 81'000 Eintritten ins Schwimmbad. Genau diese Situation möchten wir in Worb ebenfalls. Wir möchten die Stärnematt nicht als dauernder Parkplatz. Die Parkplätze sollen nur beim Schwimmbadbetrieb geöffnet sein oder bei grossen Anlässen. Im Moment hat Worb 198 Parkplätze bei 60'000 Eintritten ins Schwimmbad. Der unterschriebene Bauvertragsvertrag für den Dreiklang sieht 120 öffentliche Parkplätze vor. Im Erd- und 1. Untergeschoss je 60 öffentliche Parkplätze, im 2. Untergeschoss 61 private Parkplätze für die Wohnungen. Zusätzlich werden neben der Eishalle 59 Parkplätze erstellt. Das heisst insgesamt entstehen auf dem Areal 240 Parkplätze. Oberirdisch, dies hat Guido Federer bereits erwähnt, gibt es 60 und 59 Parkplätze. Damit haben wir die vorhandenen Möglichkeiten total ausgeschöpft. Zusätzliche Parkplätze könnten nur im 2. Untergeschoss realisiert werden. Wir haben mit einer Machbarkeitsstudie verschiedene Varianten geprüft. Zugleich wurden uns die Kosten +/- 10 % aufgezeigt. Der Gemeinderat hat also etwas getan. Die bestmögliche Variante wäre im 2. Untergeschoss in südöstlicher Richtung zu erweitern. Die geplanten, privaten Parkplätze müssten unter das Gebäude verschoben werden und der frei werdende Platz könnte der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Dies tönt schön und gut. Beim Planungskredit gäbe es Mehrkosten von einer viertel Million Franken, nämlich 2.25 Mio. Franken. Was machen wir dann während der Bauphase? Wo platzieren wir in Zukunft die schweren Fahrzeuge des Militärs? Somit zum Stichwort Militär. Diese Anlage ist im Jahr 1976 für 5 Mio. Franken gebaut worden. Der Bund und Kanton haben mehr als 50 % der Kosten übernommen. Unsere Anlage ist eine von 18 Anlagen im Kanton Bern, welche als geschützte Führungsstandorte seit dem Jahr 2010 mit den neusten Telematik-Ausrüstungen betrieben wird. Diese Anlage muss jederzeit bezugsbereit sein, das heisst während 365 Tagen zugänglich. Gestützt auf das kantonale Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz vom 1. Februar 2015 ist die Gemeinde Worb verpflichtet, eine Zivilschutzanlage zu betreiben. Wir können diese Anlage ohne eine Alternative zu bieten nicht einfach so schliessen. Wir können natürlich diese nicht mehr bewirtschaften. Wir müssen sie betreiben, in Stand halten, aber bewirtschaften müssen wir sie nicht. Dann wird auch kein Geld eingenommen. Die Anlage wird vom Militär sehr geschätzt und sie ist nicht nur wenige Wochen im Jahr im Betrieb. Im Jahr 2015 waren fünf Wiederholungskurse (WK) à 25 Tage. Dazu kamen noch zwei Übungen à drei Tage. Insgesamt hat dies 8'215 Übernachtungen gegeben. Die Vermietung dieser Anlage hat CHF 96'000.- in die Gemeindekasse geschüttet. Wenn ich nun eine Studie vom Eidgenössischen Militärdepartement (EMD) anschau, die zeigt, dass die Armee pro Tag und Angehöriger 50 Franken vor Ort ausgibt, dann können wir die 8'215 Übernachtungen mal die 50 Franken rechnen. Dies ergibt rund CHF 400'000.-, die in Worb oder in der Region bleiben. Zusätzlich haben private Organisationen im Jahr 2015 während 36 Tagen die Anlage gemietet. Dies hat auch wieder 1'282 Übernachtungen gegeben. Die Anlage war im Jahr 2015 total während 234 Tagen genutzt worden. Es sind also nicht nur wenige Wochen im Jahr. Wie bereits gesagt, weiss ich nicht, ob es sinnvoll ist auf die Bewirtschaftung und somit auf 0.5 Mio. Franken zu verzichten. Vielleicht löst

sich das Problem selber, denn die Armee findet diese Anlage aus verschiedenen Gründen attraktiv. Ein Grund ist, dass die schweren Fahrzeuge in der Nähe parkiert werden können. Ich habe mit verschiedenen Kommandanten dieses Thema in der Vergangenheit diskutiert. Die Stärnematt wäre von ihnen akzeptiert, weil diese innerhalb von kurzer Zeit zu Fuss erreichbar ist. Was nicht möglich ist, sind Parkplätze in der Einstellhalle. Die schweren Fahrzeuge können nicht in einer Einstellhalle parkiert werden. Das Militär, die Bauphase wie auch die Kosten sprechen klar für die Stärnematt und gegen eine Erweiterung der Einstellhalle. Klar ist auch, dass die Erweiterung der Einstellhalle nicht genügt. Es gibt kein entweder oder, sondern nur Einstellhalle wie auch Stärnematt. Im Jahr 2015 haben die Einnahmen auf der Hofmatt aus dem Ticketautomaten, die Anwohnerparkkarten und die Bussen CHF 135'000.- eingeworfen. CHF 125'000.- sind alleine von den Bussen. Aus den Ticketeinnahmen gab es ca. CHF 46'000.- von 198 Parkplätze, dies sind CHF 236.- pro Parkplatz. Tatsache ist aber auch, dass die meisten Autofahrenden nicht gerne eine Einstellhalle benützen. Somit können wir diese Einnahmen nicht automatisch auf die Parkplätze in der Einstellhalle übertragen. Aber bei der Stärnematt könnte dieser Vergleich übernommen werden. Das heisst bei einer Erweiterung der Einstellhalle müssen auch die Einnahmen massiv gesteigert werden. Damit kann auch die Investition vernünftig amortisiert werden. Dies wiederum bedeutet die Anpassung des Parkplatzreglements oder anders gesagt es benötigt eine Anpassung der Parktarife auf dem gesamten Gemeindegebiet. Im Übrigen wird der Baurechtsvertrag der Stärnematt nicht über zehn, sondern 15 Jahre abgeschlossen. Ich habe bereits gesagt, dass der Dienstbarkeitsvertrag bereits unterzeichnet ist. Die Grundeigentümer und die Gemeinde sind sich einig. Die 15 Jahre geben uns genügend Zeit die Bauphase im Dreiklang und die Entwicklung rund um die Hofmatt zu überbrücken, zu verfolgen und anschliessend richtig zu handeln. Die Politik sollte nicht da sein, um die Investoren und Unternehmer, die etwas realisieren wollen, daran zu hindern. Wenn schon gute Rahmenbedingungen vom Gemeinderat gefordert werden, dann sollte das Parlament ebenfalls mitziehen. Die Unternehmer im Projekt Dreiklang haben Verträge mit Rahmenbedingungen. Der Baurechtsvertrag wurde unterschrieben. Sie benötigen gute Publicity und keine politischen Zwänge. Oder habt ihr wirklich das Gefühl durch diese Diskussion im Rat, kommt ein Investor mehr nach Worb? Wenn wir diese Motion nicht direkt abschreiben, sondern überweisen, dann ist es schade um den Planungskredit von CHF 250'000.-. Dieser Kredit wird in den Wind gesetzt, das Projekt wird blockiert, weil es für diesen Nachkredit von mehr als 2.5 Mio. Franken eine Volksabstimmung benötigt. Die gesamten Vertragsverhandlungen mit den Investoren müssten allenfalls wieder neu gestartet werden. Ich spreche nicht von einem Schildbürgerstreich. Aber ich fände es wirklich schade um den Planungskredit von CHF 250'000.-, wenn das gesamte Vorhaben an der Volksabstimmung abgelehnt würde. Denn dies sagt mir mein politisches Gefühl. Der Gemeinderat empfiehlt euch aus diesen Gründen diese Motion direkt abzuschreiben.

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Ich wollte eigentlich nicht die Erste sein, die etwas sagt, aber nun ist es halt so. Ich bin sehr enttäuscht über die momentane Kurzsichtigkeit des Gemeinderates. Ernst, wenn ich deine Worte hören, wie blind die Parlamentarier sein sollen, dann muss ich sagen, ja, es wäre wohl manchmal praktisch so blind zu sein. Die Parkplätze bei Migros und Coop werden aktuell hochgejubelt. Die Tatsache ist, dass diese am Sonntag nicht besetzt sind. Unter der Woche sind sie immer besetzt. Tatsache ist auch, dass es im Moment immer umgekehrt ist. Die Personen, welche bei der Migros nicht parkieren können, auf der Hofmatt parkieren. Wenn in Zukunft der Aldi seine 60 Parkplätze noch sperrt, dann haben wir ein Problem. Ob zehn oder 15 Jahre mit dem Baurechtsvertrag in der heutigen Zeit langfristig sind, ist ein anderes Thema. In dieser Zeit soll entwickelt und gebaut werden, viele Läden sollen nach Worb kommen und diese Personen kommen ja dann wohl nicht alle mit dem Bähnli. Es geht heute um die Zukunft von Worb. Die Zukunft von unserem Dorf Worb. Und bis jetzt waren immer die Wahlen das Thema. Ich möchte den Parteien

ans Herz legen, dass wir die Wahlen für heute auf die Seite legen. Es ist ein Geschäft für unser Worb. Es ist ein Wort für alle Parteien. Es soll uns ein Anliegen sein, dass der Bevölkerung und den Auswärtigen genügend Parkplätze geboten werden. Der Vergleich mit den anderen Gemeinden stimmt sicherlich. Aber wir müssen uns ja auch nicht immer mit dem Negativen vergleichen, sondern nach dem Positiven streben. Worb hat nicht nur im Sommer das Schwimmbad geöffnet. Auch im Winter wird auf der Eisbahn Eishockey gespielt und ich weiss nicht, wie viele von ihnen noch nach Worb kommen, wenn sie mit der gesamten Ausrüstung um den Wislepark laufen müssen, um die Eishalle zu benützen. Es macht mich wütend, wenn der Gemeinderat von innerer Verdichtung und innerer Entwicklung predigt. Es wird eine Verkehrssanierung gebaut, die so manche Million kostet, damit es eine Verkehrsberuhigung gibt. Was macht der Gemeinderat als erstes? Er will in der verkehrsberuhigten Zone einen Parkplatz für 120 Autos bauen. Ich denke dazu braucht man nichts mehr zu sagen.

Graf Stefan, GLP: Der Zug, auf den die Motionäre noch aufspringen möchten, ist bereits abgefahren. Weitsichtigkeit ist auch beim Einreichen von Motionen gefordert. Die Motion hätte vor ein bis zwei Jahren eingereicht werden sollen. Die GLP lehnt diese Motion ab. Wir sind gegen eine Hau-ruck-Politik gegenüber Investoren. Wir sind auch gegen Hüftschüsse. Wir wollen nicht wegen 60 Parkplätzen das Projekt Dreiklang verzögern oder der in langen Verhandlungen ausgearbeitete Bau-rechtsvertrag in wesentlichen Punkten wieder neu aushandeln. Wir sind gegen eine Investition von 2.5 Mio. Franken für Parkplätze. Aber auch für uns gibt es offene Fragen. Wir sind mit der Lösung Stärnematt aus heutiger Sicht ebenfalls unzufrieden. Da besteht Einigkeit mit den Motionären. Es ist uns wichtig, dass an der nächsten Sitzung des Grossen Gemeinderates ein Gesamtkonzept für die Parkplätze vorliegt. Das Ziel von einem solchen Gesamtkonzept muss sein, dass möglichst wenige Fahrten durch das Siedlungsgebiet generiert werden und dass die vorhandenen Parkplätze effizient genutzt und bewirtschaftet werden. Die Stärnematt aus heutiger Sicht bereitet uns Mühe, insbesondere da die schweren Militärfahrzeuge da parkiert werden sollen. Während dem Bau des Dreiklangs kann dies eine Lösung sein, aber als Dauerlösung gibt es bessere Plätze, welche noch näher bei der Unterkunft sind. Diese müssten im Bereich der bestehenden oder der neuen Kreisel liegen. Das Parkplatzsystem muss auf das Verkehrsregime und insbesondere auf die neue Verkehrsumfahrung abgestimmt werden.

Utiger Heinz, EVP: Seit dem Jahre 2012 beschäftigt sich der Gemeinderat von Worb intensiv mit diesem Bauprojekt. Dazumal hat es auch eine Variante mit dem 2. Untergeschoss gegeben. Es wurde aber festgestellt, dass daraus ein sehr hoher Baurechtszins entsteht und hat somit auf diese zusätzlichen Parkplätze im 2. Untergeschoss verzichtet. Von da an wurden oberirdische Parkplätze geplant. Die Zeit ist vergangen und das Projekt ging durch ein Planerlassverfahren. Das Geschäft wurde mehrmals hier im Grossen Gemeinderat diskutiert. Das letzte Mal im September 2015 als die FDP das Konzept für mehr Parkplätze in der Bauphase und genügend Parkplätze für die Zukunft verlangt hat. Wir konnten uns also schon oft dazu äussern. Das Konzept für die zusätzlichen Parkplätze auf der Stärnematt ist heute vorhanden. Wenn man das Erstellen eines zusätzlichen Parkgeschosses als wirklich notwendig erachtet hätte, dann hätte dieses Anliegen schon viel eher diskutiert werden müssen. Bereits in der Mitwirkung hätte dies erfolgen sollen. Dass man erst jetzt, notabene bei der Einreichung des Baugesuchs, mit diesem Anliegen kommt, ist sehr speziell. Denn es soll ja wirklich ein sehr dringendes Anliegen sein. Die Diskussion erst jetzt zu lancieren ist einfach zu spät. Verzögerungen können dieses Projekt gefährden. Die Investoren und die Gemeinde werden vor finanziell neue Bedingungen gestellt. Es ist auch klar, dass Verzögerungen immer neue Kosten generieren. Zurzeit kann sich unsere Gemeinde keine zusätzlichen Kosten leisten. Wir wissen es alle selber von unserem Privatleben. Es gibt Dinge die hätten wir gerne, sie würden einem dienen,

man hätte Freude daran, aber wir können uns die nicht leisten. Dann bleibt halt manchmal ein Projekt auch einfach ein Traum. Mit dem Projekt Störnematt haben wir auch eine zukunftsfähige Lösung. Eine bewirtschaftete und gut geordnete Lösung, welche übrigens noch zusätzlich das Bärenareal stärkt. Es gibt zusätzliche Parkplätze, die viel näher am Bärenareal sind. Dieses Anliegen ist in der Gemeinde ebenfalls dringend. Wir erachten eine Prüfung, wie die bereits bestehenden Parkplätze gut genutzt werden können, als sinnvoll. Besonders die in der Coop Einstellhalle, beim Bahnhof und bei der Migros. Vielleicht könnten die Öffnungszeiten am Abend oder auch am Sonntag angepasst werden. Die dringliche Motion kommt sehr spät. Für uns zu spät. Der Aufwand und der Ertrag sind nicht im richtigen Verhältnis. Aus diesem Grund kann die EVP die dringliche Motion nicht unterstützen.

Christensen Sven, FDP: Weniger ist mehr. Dies hat einmal der Stararchitekt Mies van der Rohe gesagt. Dies haben auch die jetzigen Architekten umgesetzt, einfach in einem anderen Sinn. Weniger Parkplätze ergeben mehr Probleme. Heute fuhr ich neben dem Hofmatt-Parkplatz durch. Er war fast halb leer. Am Sonntag war ich mit Hockeytaschen da und der Parkplatz war voll belegt. Es wird nun gesagt, dass Wahljahr ist. Die FDP hat bereits am 7. September 2015, also vor dem Wahljahr, eine Interpellation mit dem Titel „Genügend Parkplätze auf der Hofmatte“ eingereicht. Wir haben dort den Gemeinderat aufgefordert, uns gewisse Fragen zu beantworten. Fragen zu der Zufahrt, zu der Anzahl der Parkplätze, der Nutzung der Zivilschutzanlage usw. Heute haben wir erste Lösungsansätze gehört. Wir haben auch in den Medien gewisse Sachen gehört. Ansätze sind vorhanden, die FDP schaut diese aber kritisch an. Sie fragt sich, ob dies alles funktionieren wird? Einiges steht symbolisch gesehen noch in den Sternen. Wie der Störnematteplatz. Er ist noch nicht bewilligt. Was hat der Gemeinderat für einen Plan B? Funktioniert das Szenario in allen Punkten? Was ist, wenn der Störnematteplatz vom Militär belegt ist? Wo sind dann die 120 Parkplätze für die Autos? Was ist in 15 Jahren? Wir sprechen immer wieder davon, dass Anträge zu spät eingereicht werden. Müssen wir heute bereits einen Antrag einreichen, um zu sehen was in 15 Jahren ist und wir planen können? Wir stehen dem Gesamten kritisch gegenüber. Wir stehen auch gegenüber den Aussagen zu den Planungskosten von CHF 250'000.- kritisch gegenüber. Das ist ein enormer Betrag für 60 Parkplätze. Ebenfalls den Erstellungskosten von 2.5 Mio. Franken. Diesen Kosten können wir nicht zustimmen. Dies erscheint der FDP als unverhältnismässig. Wir fordern den Gemeinderat nochmals auf, ein 100 % funktionierendes Konzept vorzulegen mit allen Wenn und Aber. Darin muss auch das gesamte Zentrum, also Migros, Coop und die anderen Orte enthalten sein. Es muss kosten- und lösungsoptimiert sein. Tiefere Kosten bedeuten mehr Reserven für andere Investitionen.

Stucki Simon, SVP: Ich kann mich bei vielen Aussagen von Sven anschliessen. Bei uns waren viele Fragen offen. Gerade bei der Störnematt gab es Unklarheiten. Was ist nach diesen zehn Jahren? Wurde geprüft, welche Einsparungen es geben könnte? Der Vertrag ist zwar schriftlich, aber uns dennoch zu unsicher. Die innere Verdichtung wollen alle Parlamentsmitglieder und dieses Projekt trägt dem nicht Rechnung. Wir trauen dem Gemeinderat zu, dass er uns eine bessere Lösung präsentiert. So wie es Sven bereits angedeutet hat. Unsere Fraktion wird der Motion der SP-Fraktion mehrheitlich zustimmen.

Läderach Christof, BDP: Was ist normal und was nicht? Diese Frage steht im Raum und kann ich euch nicht beantworten. Die Motion der SP steht nicht ganz alleine da und trotzdem frage ich mich, ob dies normal ist? Ist es normal, dass nach so langer Planungszeit so viel umgekrempelt werden muss und solche Szenarien nicht vorgängig geplant worden sind? Langjährige Vertragsverhandlungen sind in Gefahr. Geplantes wird umgeworfen. Wir laufen in die Gefahr Investoren aufgrund von

möglichen Verzögerungen zu verlieren. Braucht es in einer Zeit, in der immer weniger junge Personen den Führerausweis erwerben, eine solche Parkplatzflut? Zwischen den Jahren 2000 – 2010 haben 12 % weniger Personen im Alter zwischen 18 bis 24-jährigen den Führerausweis erlangt. Die Zinsberechnungen sind mit einem heutigen Minimum berechnet. Sind 100 Meter Fussmarsch wirklich unzumutbar, um die Anlagen zu erreichen? Sollen die Parkplätze die Zukunft der Gemeinde bestimmen? Wenn dies alles normal sein sollte, ist es höchste Zeit dem Gegensteuer zu geben und diese Motion nicht zu überweisen. Die BDP-Fraktion empfiehlt euch dies.

Federer Guido, SP: Ich möchte zu einigen Punkten Stellung nehmen. Zu den Parkplatzvergleichszahlen, welche Ernst Hauser aufgeführt hat. Wir werden nicht mehr 198 Parkplätze haben. Aus meiner Sicht sind es noch ca. 100 öffentliche Parkplätze. Bei den Schwimmbadeintritten muss beachtet werden, dass die lokale Bevölkerung in das Schwimmbad kommt. Oft kommen sie zu Fuss. Beim Eishockey sieht es anders aus. Mit dem HC Wisle haben wir ein grosses Einzugsgebiet, da kommen sehr viele Leute mit dem Auto. Ich fände es aus Sicht der SP auch schön, wenn die Leute zu Fuss von der Stärnematt zum Wislepark gehen würden. Aber ich glaube einfach nicht daran. Es ist uns auch bewusst, dass wir mit unserem Anliegen spät sind. Den Ausschlag hat die Anfrage von Christa Kühn betreffend Stärnematt gegeben. Plötzlich hiess es vom Gemeinderat, dass dieser Multifunktionsplatz realisiert werden muss. Da wurden wir hellhörig. Wenn der Gemeinderat mehr Parkplätze will, dann muss man sich fragen, ob genügend Parkplätze vorhanden sind. Und wir sind der Meinung, dass dies nicht der Fall ist. Unsere Erkenntnis ist aber, dass dieser Parkplatz auf der Stärnematt mit der Ortsplanung nicht passt. Wenn es noch mehr Parkplätze benötigt, dann müssen diese unterirdisch sein. Und die Parkplätze müssen an einem Standort sein, an dem die Autos sowieso vorbeifahren. Dies ist beim Migros-Kreisel der Fall. Zudem weist das Areal beim Migros-Kreisel ein grosses Entwicklungspotenzial aus. Zum Beispiel das Gebäude der Credit Suisse. Da macht man sich auch Gedanken, wie die Zukunft aussehen sollte. Wir würden ein Gesamtkonzept ebenfalls begrüssen. Aber wenn bei der Erstellung des Gesamtkonzeptes bemerkt wird, dass die Parkplätze im Untergeschoss doch noch praktisch wären, dann ist es definitiv zu spät. Die Dreiklang Hofmatt AG hat uns gesagt, dass es reichen würde, wenn der Gemeinderat bis Mitte März 2016 verbindlich sagen würde, ob weitere unterirdische Parkplätze in Frage kommen. Die Dreiklang Hofmatt AG steht diesen Parkplätzen neutral gegenüber. Wenn dies die Gemeinde will, kann dies so umgesetzt werden.

Gemeinderat Hauser Ernst, Departementsvorsteher Bau: Nun muss ich halt trotzdem noch einige Worte zur Stärnematt sagen. Bitte denkt daran, dass dies der Bauinstallationsplatz vom Kanton ist. Dies ist eine Zone für öffentliche Nutzung (ZÖN). Bevor dies Bauland wird, benötigt es noch eine Änderung der Zone. Dieses Areal beim Kreisel an der Rubigenstrasse haben wir ebenfalls geprüft. Dies ist Landwirtschaftszone. Dort ist die Grundeigentümerschaft nicht bereit eine Änderung der Zone vorzunehmen. Auf diesen Platz müssen wir also verzichten. Das Militär benötigt diesen Platz nur teilweise. Es wird nie eine Panzerkompanie mit 30 Fahrzeugen da sein. Es werden immer technische Einheiten sein, die vier bis fünf Lastwagen haben. Wenn gebaut wird, gibt es auch immer Einsparungen. Bei den Kosten muss ich mich natürlich auf die Spezialisten verlassen. Die Kosten wurden von einem Planungs- und Architekturbüro berechnet. Am Kreditantrag wird im Moment nichts geändert. Es stimmt, dass die bautechnische Planung bis Mitte März 2016 Zeit hätte. Aber das Volk sagt dazu das letzte Wort. Und eine Volksabstimmung ist erst im Juni 2016 möglich. Wenn wir bis dahin warten, ist das Projekt gestorben und die Dreiklang Hofmatt AG kann im nächsten Jahr nicht bauen.

Ratspräsident Wälti Martin: Es geht nun bei der Beschlussfassung nicht mehr um die 100 unterirdischen Parkplätze, sondern um 60 Parkplätze im 2. Untergeschoss.

Beschluss:

Die abgeänderte Motion der SP-Fraktion betreffend Zusätzliches Parkgeschoss im Dreiklang wird mit 21 zu 15 Stimmen als nicht erheblich erklärt.

Postulat der FDP-Fraktion betreffend Ein Parkleitsystem für Worb

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 364	15.02.2016	7	2013/17-256	1394	56/3/0

„Der Gemeinderat wird beauftragt, die Einführung eines elektronischen Parkleitsystems für die Gemeinde Worb zu prüfen.

Begründung:

Die FDP setzt sich konsequent für eine Verdichtung des Siedlungsraums in Worb ein. Um diese Verdichtung zu realisieren und zu befördern wird eine leistungsfähige und effiziente Verkehrsinfrastruktur benötigt. Insbesondere im Rahmen des Projekts Dreiklang wird seit Jahren geforderte Verdichtung nun verwirklicht. Damit verbunden werden insbesondere auch mehr Parkiermöglichkeiten benötigt. Der erhöhte Bedarf erfordert vorwärts gerichtete und clevere Lösungen. Es kann aber nicht sein, dass auf Kosten der Steuerzahler in teure unterirdische Parkplätze investiert wird. Die FDP lehnt daher Forderungen nach einem, rein durch die Öffentlichkeit finanzierten, zusätzlichen unterirdischen Parkgeschoss im Rahmen des Projekts Dreiklang ab. Jedoch können mit einfachen und günstigen Mitteln bereits bestehende Parkplätze besser genutzt werden. Es ist nicht einzusehen, weshalb teure unterirdische Parkplätze heute exklusiv und nicht im Gesamtrahmen genutzt werden. Gerade im Bereich der Hofmatt bietet sich an, die Parkplätze der Migros-Überbauung zum Beispiel ausserhalb der Geschäftszeiten auch den Besuchern des Wisleparks zugänglich zu machen. Dies erfordert, dass beispielsweise die Öffnungszeiten für bestehende Parkhäuser erweitert werden. Insbesondere aber müssen die Parkplatzsuchenden schnell und zuverlässig zu den freien Parkplätzen geleitet werden. Mit einem elektronischen Parkleitsystem könnte dies einfach sichergestellt werden. Um eine solche Massnahme für die Gemeinde kostenneutral umzusetzen zu können, wäre überdies die Beteiligung der privaten Betreiber von Parkhäusern an den Kosten zu prüfen. Schliesslich können diese dadurch ihre Auslastungen erhöhen.“

Sitzungsende 21:15 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Martin Wälti
Präsident

Monika Gfeller
Protokollführerin

Genehmigung

Genehmigt in der Sitzung vom 21. März 2016.

Thomas Wälti
Sekretär